

Die Washington Post berichtet über Probleme, die bei der Umsetzung eines offensichtlich bereits ausgearbeiteten US-Planes zur Erstürmung der IS-Hochburg Raqqa in Syrien zu erwarten sind.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 047/17 – 24.03.17

## Die vom Pentagon geplante Rückeroberung der IS-Hochburg Raqqa in Syrien ist nur mit einer stärkeren Beteiligung der US-Streitkräfte möglich

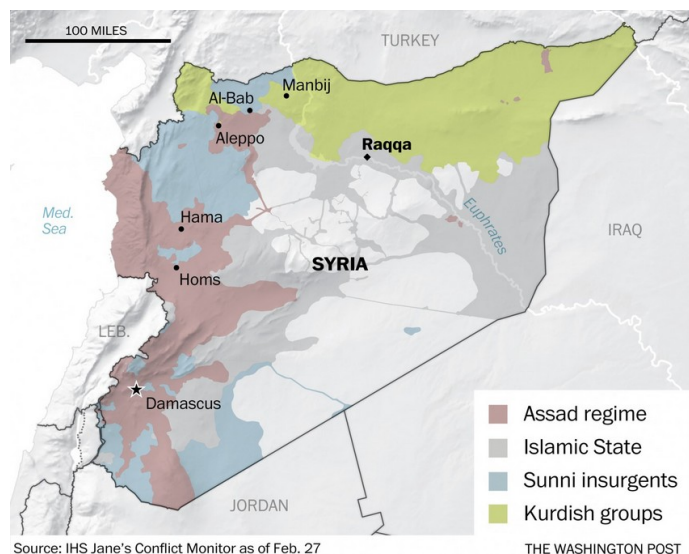
Von Karen DeYoung und Liz Sly  
The Washington Post, 04.03.17

( [https://www.washingtonpost.com/world/national-security/pentagon-plan-to-seize-raqqa-calls-for-significant-increase-in-us-participation/2017/03/04/d3205386-00f3-11e7-8f41-ea6ed597e4ca\\_story.html?utm\\_term=.e6a48e0d3694](https://www.washingtonpost.com/world/national-security/pentagon-plan-to-seize-raqqa-calls-for-significant-increase-in-us-participation/2017/03/04/d3205386-00f3-11e7-8f41-ea6ed597e4ca_story.html?utm_term=.e6a48e0d3694) )

Nach Aussagen von US-Offiziellen ist der vom Pentagon geplante Angriff auf Raqqa, die Hauptstadt des Islamischen Staates / IS in Syrien, nur mit stärkerer Beteiligung der US-Streitkräfte möglich; die aus kurdischen und arabischen Kämpfern bestehenden Bodentruppen (die nicht der regulären syrischen Armee angehören) sollen mit zusätzlichen Waffen ausgerüstet und von US-Spezialkräften mit Artillerie und Kampfhubschraubern unterstützt werden.

Diese vom US-Militär bevorzugte Option wird gegenwärtig im Weißen Haus geprüft, weil bei ihrer Umsetzung mehrere unter Obama auferlegte Beschränkungen aufgehoben werden müssten.

An der Planung beteiligte Experten fordern vor allem eine Verstärkung des gegenwärtig in Syrien eingesetzten US-Truppenkontingents, das aus rund 500 Soldaten der US-Spezialkräfte besteht, die als Ausbilder und Berater der vereinten Syrian Democratic Forces / SDF (der Demokratischen Kräfte Syrien, weitere Informationen dazu unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratische\\_Kr%C3%A4fte\\_Syriens](https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratische_Kr%C3%A4fte_Syriens) ) eingesetzt sind (die auch die reguläre syrische Armee bekämpfen). Die US-Soldaten sollen sich nicht direkt an den Kämpfen am Boden beteiligen, aber näher an der Front arbeiten und dafür sorgen, dass die Befehle aus Washington auch umgesetzt werden.



Präsident Trump, der während des Wahlkampfes versprochen hat, den Kampf gegen den IS in Syrien, im Irak und anderswo zu verstärken, hat am Montag den Plan erhalten, den er 30 Tage vorher vom Pentagon angefordert hat.

In einem Konflikt, der sich keineswegs so leicht steuern lässt, wie man das (in Washington) erwartet hatte, haben sich schon vor Beginn der Raqqa-Offensive neue Allianzen ge-

bildet. In den beiden letzten Tagen mussten für den Sturm auf Raqqa vorgesehene US-Kräfte einen Umweg um einen Ort in Nordsyrien machen, um eine Auseinandersetzung zwischen zwei US-Verbündeten – zwischen türkischen Soldaten und syrisch-kurdischen Kämpfern – zu verhindern. Die US-Soldaten rückten Seite an Seite mit in unmittelbarer Nähe operierenden russischen und syrischen Regierungssoldaten vor, die offenbar das gleiche Ziel haben.

Bei einer Billigung des Raqqa-Planes käme es zweifellos zu großen Problemen mit der Türkei, weil Ankara die syrischen Kurden als Terroristen betrachtet, die keinesfalls mit US-Waffen ausgerüstet und nicht an dem bevorstehenden Angriff auf Raqqa beteiligt werden dürften. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat bereits erklärt, dass für ihn die Bewaffnung der Kurdish People's Protection Units / YPG (der kurdischen Volksverteidigungseinheiten. s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Volksverteidigungseinheiten> ) und deren Beteiligung am Sturm auf Raqqa inakzeptabel sind und angekündigt, dass er Raqqa mit regulären türkischen Truppen und mit der Türkei verbündeten syrischen Rebellengruppen angreifen wird.

US-Offizielle, von denen einige nur anonym über den noch geheimen Pentagon-Plan sprechen wollten, glauben, dass Erdogans harte Linie vor allem innenpolitische Gründe hat und ihm den Sieg bei dem am 16. April stattfindenden Referendum sichern soll, mit dem er sich noch mehr präsidentiale Macht verschaffen will.

Lt. Gen. (Generalleutnant) Stephen Townsend, der in Bagdad residierende Kommandeur der US-geführten Koalition zur Bekämpfung des IS, erklärte am Mittwoch vor Reportern, es gebe "keinerlei Beweise" dafür, dass die YPG eine Bedrohung für die Türkei darstellen. Ganz offensichtlich verärgert forderte Townsend alle Parteien, die den IS in Nordsyrien bekämpfen, auf, sich darauf zu beschränken und die Kämpfe gegeneinander einzustellen.

Diesbezügliche Gespräche der USA mit dem NATO-Partner Türkei, der auch der Anti-IS-Koalition angehört, dauern noch an. Fortschritte, die in den letzten Tagen in und in der Umgebung der Stadt Manbij / Manbidsch (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Manbidsch> ) erzielt wurden (s. <http://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/isis-syria-civil-war-bashar-al-assad-raqqa-manbij-turkey-russia-us-coalition-a7614706.html> ), könnten den USA helfen, einen direkten Konflikt mit Ankara zu vermeiden – oder auch zu neuen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteien führen, die Raqqa einnehmen wollen.

Manbidsch, das rund 85 Meilen (136 km) nordwestlich von Raqqa in der Nähe der türkischen Grenze liegt, wurde vor drei Jahren vom IS besetzt und im August 2016 von den YPG mit Unterstützung von US-Militärberatern und US-Luftangriffen wieder zurückerobert. Die Stadt bildet jetzt die Westflanke eines vom IS befreiten Gebietes, das sich bis in den benachbarten Irak erstreckt.

Weil die US-Regierung den Türken zugesichert hatte, dass die Kurden keine Gebiete westlich des Euphrats unter ihre Kontrolle bringen dürften, wurde das zurückeroberte Manbidsch einem Rat arabischer Kämpfer innerhalb der SDF unterstellt; die kurdischen YPG-Kämpfer mussten auf Drängen der US-Berater die Stadt verlassen, in der aber weiterhin kurdische Polizisten für die Sicherheit zuständig sind.

Die Türken sind damit nicht einverstanden und haben wiederholt gedroht, die Kurden gewaltsam zu vertreiben, weil sie der Meinung sind, sie würden gemeinsame Sache mit der (in der Türkei verbotenen) Arbeiterpartei Kurdistans / PKK machen, die von der Türkei und den USA als Terrororganisation eingestuft ist und verdächtigt wird, mit einem Aufstand einen autonomen kurdischen Staat durchsetzen zu wollen. Nachdem türkische Trup-

pen gemeinsam mit verbündeten syrischen Rebellen dem IS am 23. Februar die westlich von Manbidsch gelegene syrische Stadt Al-Bab entrissen haben, bewegen sie sich auf Manbidsch zu und haben bereits mindestens zwei Dörfer eingenommen.

Weil am Donnerstag von der türkischen Armee abgefeuerte Granaten am Stadtrand von Manbidsch einschlugen, hat der die Stadt kontrollierende Rat der arabischen Kämpfer angekündigt, auf Vermittlung der Russen würden Truppen des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad mehrere im Westen der Stadt gelegene Dörfer übernehmen, um einen Konflikt mit den Türken zu vermeiden.

Am Freitag hat Moskau bekanntgegeben, russische und syrische Konvois mit "humanitären Hilfsgütern" hätten sich bereits auf den Weg nach Manbidsch gemacht. Pentagon-Sprecher Capt. (Hauptmann) Jeff Davis hat vor Reportern in Washington geäußert, die Konvois würden von gepanzerten Fahrzeugen begleitet.

Davis teilte des weiteren mit, die US-Regierung sei von der russischen Regierung über die Konvois "informiert" worden, aber nicht selbst daran beteiligt.

Inzwischen sind in sozialen Medien Fotos aufgetaucht, die zeigen, dass sich von Osten her auch US-Militärfahrzeuge der Stadt Manbidsch nähern.

Am Samstag hat das US-Militär bestätigt, dass es seine Präsenz in und um Manbidsch "verstärkt" habe, um Auseinandersetzungen zu verhindern, die Ordnung zu bewahren und sicherzustellen, dass sich die YPG nicht in der Stadt festsetzen. Vor allem geht es aber darum, zu verhindern, dass sich zwei Mitglieder der US-geführten Koalition – die Türken und die syrischen Kurden – gegenseitig bekämpfen.

Koalitionssprecher Col. (Oberst) John L. Dorrian hat auf seinem Twitter Account gepostet, man habe diese Maßnahme ergriffen, um Konflikte zwischen Koalitionspartnern zu verhindern und sie auch weiterhin zur gemeinsamen Bekämpfung des IS oder ISIS zu verpflichten.

Die USA und Russland haben es also gemeinsam geschafft, einen zusätzlichen Konflikt in dem (angeblichen) Bürgerkrieg in Syrien zu verhindern, in dem sie bisher Gegner waren. Trump hat wiederholt gefordert, beide Mächte sollten bei der Bekämpfung des IS zusammenarbeiten, und angedeutet, dass ihn die Zukunft des von Russland unterstützten syrischen Präsidenten Assad dabei weniger interessiere.

Das Pentagon missbilligt zwar eine mögliche Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland, aber US-Offizielle sind ziemlich glücklich über die Pufferzone, die Syrien und Russland jetzt zwischen Türken und Kurden bilden wollen – ebenso über die Aussicht, dass syrische Regierungstruppen auch in Manbidsch einziehen. Damit würde nämlich nicht nur verhindert, dass türkische Truppen mit ihren syrischen Verbündeten, die überwiegend Dschihadisten sind und Assad bekämpfen, die Stadt besetzen; auch die restlichen YPG-Kämpfer würden hinter den Euphrat zurückgetrieben.

Obwohl die Türken bisher nur syrische Rebellen unterstützt haben, die gegen Assad kämpften, hatten sie nie direkten Kontakt zu syrischen Regierungstruppen, und die USA sähen es auch viel lieber, wenn Manbidsch von syrischen Regierungstruppen und nicht von Kurden verwaltet würde. Es besteht die Hoffnung, dass Moskau, das gerade seine Beziehungen zur Türkei verbessert, Erdogan zum Rückzug (aus Syrien) veranlassen kann.

Die USA wollen keinesfalls eine neue Front bei und neue Kämpfe um Manbidsch, weil dafür Truppen und Ressourcen vom Sturm auf Raqqa abgezogen werden müssten. Da die

IS-Hochburg Raqqa auch als Planungszentrum für IS-Terroranschläge in anderen Ländern anzusehen ist, wird ihre Eroberung für vordringlich gehalten, besonders deshalb, weil die Offensive ursprünglich schon im Februar beginnen sollte.

In seinen letzten Tagen im Amt genehmigte der scheidende Präsident Barack Obama die Entsendung von zwei bis drei Apache-Kampfhubschraubern in das syrische Kampfgebiet, überließ die Entscheidung über Waffenlieferungen an die zu den SDF gehörenden Kurden aber seinem Nachfolger. Anstatt die bereits bestehenden Planungen umzusetzen, wies Trump das Pentagon Ende Januar an, bis Ende Februar neue Optionen zu entwickeln. [Weitere Infos dazu s. unter [https://www.washingtonpost.com/world/national-security/obamas-white-house-worked-for-months-on-a-plan-to-seize-raqqa-trumps-team-deemed-it-hopelessly-inadequate/2017/02/02/116310fa-e71a-11e6-80c2-30e57e57e05d\\_story.html?tid=a\\_inl&utm\\_term=.a72d5ee15183](https://www.washingtonpost.com/world/national-security/obamas-white-house-worked-for-months-on-a-plan-to-seize-raqqa-trumps-team-deemed-it-hopelessly-inadequate/2017/02/02/116310fa-e71a-11e6-80c2-30e57e57e05d_story.html?tid=a_inl&utm_term=.a72d5ee15183) .]

Da als Alternative nur die Entsendung von mehr US-Bodentruppen nach Syrien blieb, entschied sich Trumps Verteidigungsminister Jim Mattis dann aber doch dafür, den bereits unter Obama entwickelten Plan zur Eroberung Raqqas mit leichten Korrekturen zu übernehmen. Die vereinigten, aus syrischen Arabern und Kurden bestehenden SDF zählen inzwischen mehr als 50.000 Kämpfer und sind nur noch weniger als 6 Meilen (10 km) von den Außenbezirken Raqqas entfernt. Ihre Vorbereitung auf die Erstürmung Raqqas soll in wenigen Wochen abgeschlossen sein.

Wenn die türkische Armee weiterhin versuchen sollte, Richtung Raqqa vorzudringen, wird sie sehr schwieriges Gelände vorfinden. Deshalb hofft man in den USA, den Angriff auf die Stadt auf jeden Fall noch vor dem Eintreffen der Türken in Gang setzen zu können.

Der modifizierte Pentagon-Plan sieht jetzt den Einsatz von mehr US-Soldaten mit schwereren Waffen und weniger Einschränkungen vor. Wie in den Kämpfen um das irakische Mossul sollen auch bei der Erstürmung der syrischen Stadt Raqqa US-Kampffjets und US-Kampfhubschrauber die angreifenden Bodentruppen unterstützen. Zusätzlich ist geplant, US-Artillerie nach Syrien zu verlegen, die Raqqa aus der Ferne beschießen soll. Außerdem sollen die US-Spezialkräfte verstärkt und besser bewaffnet werden und näher an der Frontlinie operieren.

Die gesamten SDF – also die Araber und die Kurden – sollen bessere Waffen, mehr Fahrzeuge und sonstige Ausrüstung erhalten, damit sie die um die Stadt angelegten Minenfelder räumen und die improvisierten Sprengfallen entschärfen können.

Trump hat das Pentagon angewiesen, die von Obama zum Schutz der Zivilbevölkerung angeordneten sehr strengen Einsatzregeln, die teilweise sogar über die Vorschriften des Kriegsvölkerrechts hinausgingen, zu überprüfen. Es ist nicht bekannt, ob von Obama angeordnete Einsatzregeln aufgehoben wurden.

*Liz Sly hat aus Beirut berichtet. Zakaria Zakaria in Istanbul und Heba Habib in Stockholm haben zu diesem Bericht beigetragen.*

*Karen DeYoung ist Mitherausgeberin der Washington Post und erste Korrespondentin für Fragen der Nationalen Sicherheit.*

*Liz Sly ist Leiterin des Büros der Washington Post in Beirut. Sie berichtet seit über 15 Jahren über den Mittleren Osten – zum Beispiel über den Irak-Krieg – ebenso über Afrika, China und Afghanistan.*

(**LP-Anmerkung:** Es sei noch einmal daran erinnert, dass Soldaten aus Russland die einzigen ausländischen Truppen sind, die sich legal, nämlich aufgrund eines offiziellen Hilfersuchens der syrischen Regierung, in Syrien aufhalten, wie unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP19615\\_211015.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP19615_211015.pdf) nachzulesen ist. Alle Interventionen der US-geführten Koalition in Syrien sind hingegen völkerrechtswidrig, weil sie ohne Einverständnis der syrischen Regierung erfolgen. Auch die Beteiligung der Bundeswehr an solchen Interventionen ist völkerrechts- und verfassungswidrig, wie unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP22115\\_061215.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP22115_061215.pdf) nachgewiesen wurde. Deshalb sind auch die unter Obama erarbeiteten und unter Trump modifizierten Pentagon-Pläne zur Rückeroberung Raqqas völkerrechtswidrig, weil sie die Souveränität und die territoriale Integrität Syriens missachten. Dieser grundlegende Sachverhalt ändert sich auch nicht dadurch, dass die Trump-Regierung nun offensichtlich eine partielle Zusammenarbeit mit syrischen und russischen Regierungstruppen anstrebt, was natürlich zu begrüßen ist.

Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Der Link in eckigen Klammern war bereits im Originaltext enthalten, den wir nachfolgend abdrucken.)

---

## The Washington Post

### **Pentagon plan to seize Raqqa calls for significant increase in US participation**

By Karen DeYoung and Liz Sly  
March 4, 2017

A Pentagon plan for the coming assault on Raqqa, the Islamic State capital in Syria, calls for significant U.S. military participation, including increased Special Operations forces, attack helicopters and artillery, and arms supplies to the main Syrian Kurdish and Arab fighting force on the ground, according to U.S. officials.

The military's favored option among several variations currently under White House review, the proposal would ease a number of restrictions on U.S. activities imposed during the Obama administration.

Officials involved in the planning have proposed lifting a cap on the size of the U.S. military contingent in Syria, currently numbering about 500 Special Operations trainers and advisers to the combined Syrian Democratic Forces, or SDF. While the Americans would not be directly involved in ground combat, the proposal would allow them to work closer to the front line and would delegate more decision-making authority down the military line from Washington.

President Trump, who campaigned on a pledge to expand the fight against the militants in Syria, Iraq and beyond, received the plan Monday after giving the Pentagon 30 days to prepare it.

But in a conflict where nothing has been as simple as anticipated, the Raqqa offensive has already sparked new alliances. In just the past two days, U.S. forces intended for the Raqqa battle have had to detour to a town in northern Syria to head off a confrontation between two American allied forces — Turkish and Syrian Kurdish fighters. There, they have found themselves effectively side by side with Russian and Syrian government forces with the same apparent objective.

Approval of the Raqqa plan would effectively shut the door on Turkey's demands that Syrian Kurds, considered terrorists by Ankara, be denied U.S. equipment and kept out of the upcoming offensive. Turkish President Recep Tayyip Erdogan has said that arming and including the Kurdish People's Protection Units, or YPG, in the operation is unacceptable and has vowed to move his own troops and Turkish-allied Syrian rebel forces toward Raqqa.

U.S. officials, some of whom spoke on the condition of anonymity about the still-secret planning, believe Erdogan's tough talk is motivated primarily by domestic politics, specifically a desire to bolster prospects for an April 16 nationwide referendum that would transform Turkey's governing system to give more power to the presidency.

Lt. Gen. Stephen Townsend, the Baghdad-based U.S. commander of the anti-Islamic State coalition, told reporters Wednesday that there was "zero evidence" that the YPG was a threat to Turkey. With some apparent exasperation, Townsend called on all anti-Islamic State forces in northern Syria to stop fighting among themselves and concentrate on the best way to beat the militants.

U.S. talks with Turkey, a NATO ally and coalition member, are ongoing. But events over the past several days in and around the town of Manbij have injected a new element in the conflict that could either help the Americans avoid a direct clash with Ankara, or set the many forces now converging on the town on the path toward a new confrontation.

Manbij, located near the Turkish border about 85 miles northwest of Raqqa, was captured by the Islamic State three years ago and retaken last August by the YPG, backed by U.S. airstrikes and advisers. The town now forms the western edge of a militant-cleared border strip extending to neighboring Iraq.

The United States had promised the Turks that Kurdish control would not extend to the west beyond the nearby Euphrates River, and Manbij was turned over to the Manbij Military Council, Arab fighters within the SDF. Kurdish police are in charge of local security, but the Americans have insisted that YPG fighters have largely left the scene.

Turkey disagrees and has long threatened to forcibly eject the Kurds, who it says are affiliated with the Kurdistan Workers' Party, or PKK, a designated terrorist organization in both Turkey and the United States that is waging an insurgency inside Turkey for greater autonomy. After Turkish troops and their Syrian rebel allies took the nearby Syrian town of Al-Bab from the Islamic State on Feb. 23, the Turkish-led force began advancing toward Manbij and has captured at least two villages.

On Thursday, as Turkish shells reached the outskirts of the town, the Manbij Military Council announced it had invited the government of Syrian President Bashar al-Assad to take over several nearby villages as part of a deal brokered by Russia to avoid conflict with the Turks.

On Friday, Moscow announced that Russian and Syrian "humanitarian" convoys were heading toward Manbij. Pentagon spokesman Capt. Jeff Davis told reporters in Washington that the convoys also included "some armored equipment."

Davis said that the U.S. government had been "informed" of the movements by Russia but that "it's nothing that we're party to."

Meanwhile, photographs posted on social media showed U.S. military vehicles headed into Manbij from the east.

On Saturday, the U.S. military confirmed that it had “increased force presence in and around Manbij to deter hostile acts, enhance governance and ensure there’s no persistent YPG presence,” effectively inserting U.S. forces to keep two coalition members — Turkey and the Syrian Kurds — from fighting.

In postings on his Twitter account, coalition spokesman Col. John L. Dorrian said the coalition “has taken this deliberate action to reassure Coalition [members] & partner forces, deter aggression and keep focus on defeating ISIS,” an acronym for the Islamic State.

The United States and Russia have managed to avoid confrontation in Syria’s separate civil war, where they are on opposing sides. Trump has said repeatedly that the two powers should cooperate against the Islamic State, and he has indicated that the future of Russia-backed Assad is of less concern to him.

The Pentagon disapproves of possible U.S.-Russia cooperation, although U.S. officials are not unhappy at the buffer Russia and Syria now appear to be creating between Turkey and the Kurds, or the prospect of the Syrian government moving into Manbij. A positive result, officials said, would not only prevent Turkish forces and their Syrian allies — many of whom are on the jihadist side of the anti-Assad rebel coalition — from moving into the town, but it would also potentially push any remaining YPG forces to the eastern side of the Euphrates.

While Turkey has supported rebel forces fighting against Assad, it has never come into direct conflict with the Syrian military, and U.S. officials believe it would far rather have the Syrian government in charge of Manbij than the Kurds. There are hopes that Moscow, which has been simultaneously working to improve relations with Turkey, can help persuade Erdogan to back off.

What the Americans manifestly do not want to see happen is the creation of a new military front and potential conflagration around Manbij that would drain both attention and resources away from plans for Raqqa. With the city believed to be the center of Islamic State planning for overseas attacks, the offensive is seen as urgent and has already been delayed from original plans to begin in February.

In his final days in office, former president Barack Obama approved plans to send two or three Apache attack helicopters to the Syrian theater but deferred approval of arming the Kurds as part of the SDF. Rather than moving immediately on the plan already in place, Trump at the end of January ordered the Pentagon to draw up new options by the end of February.

[Obama’s White House worked for months on a plan to seize Raqqa. Trump’s team took a brief look and decided not to pull the trigger.]

With the only real alternative being to use U.S. ground troops against Raqqa, Defense Secretary Jim Mattis has stuck with the basic outline of the plan drawn up under Obama, officials said. The combined Syrian Arab-Kurdish force, now numbering more than 50,000, has moved steadily to within less than six miles of the outskirts of Raqqa in an isolation phase that is expected to be completed in the coming weeks.

Even if Turkey does direct its forces south toward Raqqa, the hope is that the difficult terrain they would have to travel would prevent them from reaching there until after the offensive is well underway.

Rather than a wholesale revision, the new proposal calls for increased U.S. participation, with more personnel and equipment and less-restrictive rules. As they have in support of

the Iraqi military in Mosul, U.S. fixed-wing aircraft and attack helicopters would actively back the ground force. U.S. owned and operated artillery would be moved into Syria to pound the militants from afar, while more Special Operations troops would move closer to the front lines — requiring more U.S. military assets to protect them.

The SDF — both Kurds and Arabs — would be supplied with weaponry along with vehicles and equipment to travel through and disarm what are expected to be extensive minefields and other improvised explosive devices along the way.

Trump's executive order also directed the Pentagon to recommend changes to Obama administration restrictions on military rules of engagement that went beyond those required by international law. Principal among them is an Obama executive order, signed last summer, imposing strict rules to avoid civilian casualties. It is not known whether the new military proposal would lift those restrictions.

*Sly reported from Beirut. Zakaria Zakaria in Istanbul and Heba Habib in Stockholm contributed to this report.*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**